

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon. Sammelnummer 72206 — Postkontokonto Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	Insertenpreise: Die 10 gespalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Stellenangebote 10 gesp. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Privatens die 10 gesp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Mk., Insertate v. ausw. die 10 gesp. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorschr. 60 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Aus der Dunkelkammer der Femeleute

Eine zurückgezogene Revision, von der der Verteidiger nichts weiß

Gefälschte Unterschriften?

Heute 11 Uhr wurde die Revisionsverhandlung gegen Klappert, Hahn und Oberleutnant Schulz vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts verhandelt. Der Feldwebel Gaedike, der dem verurteilten Mord zum Opfer gefallen und schwer mißhandelt worden war, hatte zwei Tage zuvor die Revision zurückgezogen. Vor Eintritt in die Revisionsverhandlung teilte der Vertreter Gaedikes, der als Nebenkläger zugelassen war, der Rechtsanwalt Löwenthal, mit,

daß ihm von einem Zurückziehen der Revision seitens seines Mandanten nichts bekannt sei.

Er hat den Vorhängen den Brief, der den Zurückziehungsantrag enthalte, mit anderen Briefen zu vergleichen. Es wurde festgestellt, daß der Text in

anderer Handschrift, als die Unterschrift des Briefes

geschrieben war, und daß auch die Unterschrift anscheinend gefälscht sein muß, da sie mit früheren Unterschriften Gaedikes nicht übereinstimmt. Weiter teilte Löwenthal mit, daß ihm Gaedike noch am 21. November erklärt hat, daß von ihm dauernd unter großen Drohungen verlangt wurde, er solle die Revision zurückziehen. Es werde ihm mit wirtschaftlichem Boykott gedroht, und er hungere schon sehr, da er solange keine Arbeit bekommen könne, als er die Revision nicht zurückziehe. Er wisse gar nicht mehr, wie er sich dem Druck und den Drohungen entziehen solle.

Rechtsanwalt Löwenthal stellte nun unter Beweis, daß die Unterschrift gefälscht sei, und die Zurückziehung der Revision gar nicht von Gaedike komme.

2. daß, sollte die Unterschrift doch echt sein, sie unter psychischem und physischem Druck erpreßt worden sei, so daß die Zurückziehung der Revision unter Ausschluß der freien Willensbestimmung erfolgt wäre.

Weiter teilte Rechtsanwalt Löwenthal noch mit, daß sich an Rechtsanwalt Sack (dem Verteidiger Klapperts) telefonisch ein Mann namens Streiks gewandt habe und für seinen angeblichen Freund Gaedike erklärte, er habe kein Interesse mehr an dem Fememordprozeß. Sein Rechtsanwalt Löwenthal und der Anwalt Falkensfeld hätten ihn unter Bedrohungen zu bestimmten Aussagen gezwungen und hätten ihn bestochen. Rechtsanwalt Löwenthal stellte diesem Telefongespräch einen von Gaedike unterm 21. November geschriebenen Brief gegenüber, dessen Inhalt mit dem Telefongespräch nicht zu vereinbaren ist.

Die Verhandlung dauert fort.

Der Strafsenat beschloß, den Rechtsanwalt Löwenthal zur Vertretung des Feldwebels Gaedike als Nebenkläger zur Revisionsverhandlung nicht zuzulassen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß im Schreiben Gaedikes ausdrücklich die Revision zurückgenommen sei und daß Löwenthal die Vollmacht entzogen wäre. Die Unterschrift gäbe zu keinen Bedenken Anlaß, da eine Beglaubigung nicht vorgeschrieben sei. Man müsse davon ausgehen, daß die Unterschrift richtig sei. Vergleiche hätten ergeben, daß Gaedike seine Unterschrift handschriftlich oft wechselte und daß er seine Eingaben oft von anderen Personen schreiben lasse.

Wenn geltend gemacht würde, daß Gaedike unter Druck geblieben habe, so könne der Senat diesen Einwand nicht beachten, denn selbst wenn er tatsächlich unter Druck geblieben wäre, wäre die prozessuale Handlung, die durch die Eingabe mit seiner Unterschrift erwirkt wurde, nicht ihrer Wirksamkeit verlustig. Und von körperlicher Gewalt könne wohl keine Rede sein. Löwenthal habe dafür keinen Beweis angeboten.

Nun trat der Senat in die Verhandlung ein. Es wird nur noch die Revision des Staatsanwaltes verhandelt. Als Vertreter der Klappert, Schulz und Hahn sind die Rechtsanwälte Sack, Hahn und Mamrotz anwesend.

Kreis- und Kommunalwahlen in Anhalt

Die Kreis- und Gemeindevahlen in Anhalt haben nach den vorliegenden Meldungen folgendes Ergebnis:

Kreis Bernburg:		Mandate:	
Volksgemeinschaft	18 246 (17 268)	8	(7)
Sozialdemokraten	18 769 (20 305)	8	(9)
Kommunisten	7 045 (4 384)	3	(2)
Kreis Dessau:		Mandate:	
Einheitsliste	22 910 (23 254)		
Demokraten	4 040 (5 849)		
Sozialdemokraten	24 258 (24 249)		
Kommunisten	3 940 (2 749)		
Kreis Köthen:		Mandate:	
Volksgemeinschaft	11 656 (10 897)	7	(7)
Liberaler Bürgerblock	2 918 (2 212)	2	(1)
Sozialdemokraten	13 275 (13 060)	7	(8)
Kommunisten	1 255 (938)		(—)
Stadt Dessau:		Mandate:	
Sozialdemokraten	17 091 (17 540)	15	(16)
Kommunisten	2 268 (1 132)	2	(1)
Demokraten	2 975 (3 848)	2	(3)
Einheitsliste	13 165 (16 026)	11	(14)
Hausbesitzer	4 733 (—)	4	(—)
Stadt Bernburg:		Mandate:	
Sozialdemokraten	7 548 (7 322)	11	(12)
Demokraten	787 (810)	1	(1)
Kommunisten	2 378 (1 388)	4	(2)
Wirtschaft und Hausbesitz	3 463 (1 290)	5	(2)
Volksgemeinschaft	5 886 (9 439)	9	(12)
Stadt Köthen:		Mandate:	
Sozialdemokraten	6 272 (6 335)	13	(13)
Demokraten	1 408 (1 374)	3	(3)
Volksgemeinschaft	5 849 (6 063)	12	(13)
Kommunisten	353 (—)		(—)
Stadt Jerbst:		Mandate:	
Sozialdemokraten	4 332 (4 320)	10	(10)
Demokraten	1 011 (989)	2	(3)
Kommunisten	1 790 (1 865)	2	(—)
Volksgemeinschaft	4 098 (4 581)	10	(11)

Auch die gestrigen Wahlen zeigen wiederum kein einheitliches Bild. Während in Braunschweig und in dem agrarischen Mecklenburg-Strelitz z. T. außerordentliche Erfolge für die Sozialdemokraten zu buchen waren, hat Anhalt, trotz seiner starken Organisation und seiner relativ weitverbreiteten sozialistischen Presse, einen, wenn auch nicht starken Rückschlag zu verzeichnen gehabt. Sofern die vorliegenden Ziffern richtig sind, hat in Braunschweig die Sozialdemokratie allein sozial Mandate zu erringen vermocht, wie die gesamten anderen Parteien zusammengenommen. 24 sozialistische Mandate stehen 24 Mandate des Bürgerblocks und der Kommunisten gegenüber. Im Jahre 1924 war das Verhältnis 19 : 20, woraus sich der außerordentlich starke Erfolg der Sozialdemokraten in Braunschweig ohne weiteres ergibt.

Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen in Anhalt ist bei weitem nicht so stark, als der bei den heftigen Landtagswahlen, jedoch es scheint, als wenn hier die gleichen Ursachen wirksam seien. Auch in Anhalt hat die Sozialdemokratische Partei mit nur kurzen Unterbrechungen der Regierung angehört. In Hessen wird nicht bestritten, daß diese Tatsache auf die Wählerkraft lähmend wirkte, und es scheint, als wenn sich in Anhalt die gleichen Wirkungen zeigten.

Im allgemeinen aber ergibt auch der gestrige Wahlfreitag wieder einen starken Aufwind nach links. Daran vermag auch die anhaltinischen Wahlen nichts zu ändern. Dies insbesondere, da dort der Verlust der Sozialdemokraten jumeist durch einen Stimmenzuwachs der Kommunisten — gleichfalls wie in Hessen — aufgewogen wurde. In Braunschweig dagegen haben die Kommunisten nur 400 Stimmen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, so daß sich die heftige Erfolge in Anhalt durchaus bestätigen. Charakteristisch ist für Braunschweig, daß auch dort wiederum das Zentrum unter den alten bürgerlichen Parteien allein zugenommen hat. Zwar ist das Wachstum außerordentlich gering. Das Zentrum hat auch kein Mandat bekommen. Zuletzt aber bestätigen auch die Braunschweiger Wahlen, daß der Zentrumsturm vorerst noch nicht zu erschüttern ist. Als Geschwulst ist ferner festzustellen, daß in Braunschweig die Nationalsozialisten — sofern die vorliegenden Wahlziffern richtig sind — einen Zuwachs von rund 1000 Stimmen zu verzeichnen hatten.

Im allgemeinen zeigt auch der gestrige Wahlfreitag erneut, daß es mit Riesenschritten vorwärts geht.

Ausperrung bei der Reichsbahn

Dresden, 28. November. (Tel.-Union).

Die Pressstelle der Reichsbahndirektion Dresden teilt mit: Heute, Montag morgen, hat die Pressstelle des Reichsbahnausschusses der Reichsbahnverwaltung Dresden Friedrichstadt die Arbeit nicht angetreten, sondern ist der Aufforderung ihrer Führer zu einer Versammlung in den Reichsbahnpolizei gelangt. Daraufhin ist durch Ausweisung der Reichsbahnverwaltung bekanntgemacht worden, daß das Werk bis auf weiteres geschlossen wird. Als Grund ihres Verhaltens wird von der Arbeiterkammer angegeben, daß am Sonntagabend zwei Arbeiter des Werkes entlassen werden mußten, weil sie in einer ungeschicklichen (!!) Arbeiterversammlung aufstehende (!) Reden gegen die Eisenbahnverwaltung gehalten hätten. Wie wir erfahren haben, handelt es sich um ungefähr 1400 Arbeiter.

Wahltag in Braunschweig

Schwere Niederlage des Stahlhelmblocks

SPD Braunschweig, 28. November. (Radio.) Die am Sonntag im Lande Braunschweig stattgefundenen Landtagswahlen brachten das Ende der schwarzweißen Stahlhelmschicht. Die Wahlbeteiligung war außergewöhnlich stark. Sie betrug im Lande über 81 Proz., in der Stadt Braunschweig sogar über 86 Prozent. Es wurden folgende Stimmen abgegeben:

- Sozialdemokraten 128 193 (1924: 103 463),
- Deutschnationale 26 329 (51 289),
- Deutsche Volkspartei 39 703 (47 526),
- Wirtschaftsverband 25 209 (23 030),
- Demokraten 12 692 (14 775),
- Kommunisten 12 842 (12 527),
- Nationalsozialisten 10 320 (9474),
- Reifen 3384 (8791),
- Zentrum 4694 (4299),
- Haus- und Grundbesitzer 12 270 (—),
- Volkrechtspartei 4658 (—).

Die Mandate verteilen sich nach Berechnung des Landeswahlleiters wie folgt:

- Sozialdemokraten 24 (1924: 19),
- Deutschnationale 5 (11),
- Deutsche Volkspartei 8 (9),
- Wirtschaftsverband 4 (4),
- Demokraten 2 (2),
- Kommunisten 2 (2),
- Nationalsozialisten 1 (1),
- Hausbesitzer 2 (—).

Die Sozialdemokraten haben also einen Stimmenzuwachs von fast 25 000, das sind annähernd 25 Proz. Betreffend ist die Niederlage der Deutschnationalen, die fast die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt haben. Auch die Deutsche Volkspartei hat annähernd 8000 Stimmen verloren. Der Wirtschaftsverband, der auf mindestens 6 Mandate hoffte, kann ebenfalls nur einen geringen Zuwachs verzeichnen. Die 12 000 Stimmen, die der Vorschlag der Hausbesitzer erhalten hatte, gleichen bei weitem den großen Verlust der bisherigen Regierungsparteien nicht aus. Die Kommunisten, die einen wüsten Kampf gegen die Sozialdemokratie führten, müssen sich mit einem Zuwachs von ein paar hundert Stimmen begnügen. Der gewaltige Erfolg der Sozialdemokratie ist nicht nur die Folge der ungeheuerlichen Interessenspolitik der bisherigen Stahlhelmschicht und ihrer 25-Männer-Mehrheit, sondern zu einem erheblichen Teil das Werk der glänzenden Organisationsarbeit der Partei. Bei der Verhängung der Wahlergebnisse am Gebäude des Volksfreundes in Braunschweig durch Lichtbild und Plakatsprecher hatte sich eine vieltausendköpfige Menge an-

gesammelt, die bei den Meldungen von der Niederlage der bisherigen Regierungsparteien in hellem Jubel ausbrach. Die Wahlergebnisse lassen vorzügliche Aussichten auf die im Februar fälligen Gemeinde- und Kreiswahlen erkennen. In vielen Orten, in denen bisher die Deutschnationalen regierten, sind bei dieser Wahl starke sozialdemokratische Mehrheiten zu verzeichnen. Auch die Mehrzahl der Kreise weist sozialdemokratische Mehrheiten auf.

Ein sozialistischer Bürgermeister

SPD Braunschweig, 28. November. (Radio.)

In dem Harzort Braunlage, im Freistaat Braunschweig, fand am Sonntag zugleich mit der Landtagswahl die Wahl eines neuen Bürgermeisters statt, nachdem der bisherige, der Rechte angehörige Bürgermeister wegen verschiedener Streitigkeiten seines Amtes enthoben worden war. Die Wahl brachte dem sozialdemokratischen Kandidaten, dem Landtagsabgeordneten und Gemeindevorsteher Koloff-Büsterberg, 1090 Stimmen, dem bürgerlichen Gegenkandidaten 634 und einem dritten Kandidaten 251 Stimmen. Der Sozialdemokrat ist also mit großer Mehrheit gewählt.

Gemeindevahlen in Mecklenburg-Strelitz

SPD Rostock, 28. November. (Radio.)

Die am Sonntag in den Städten von Mecklenburg-Strelitz durchgeführten Stadtverordnetenwahlen brachten nahezu überall einen starken Aufwind nach links. Gegenüber den Landtagswahlen vor einem halben Jahr haben die Sozialdemokraten einen Stimmenzuwachs von rund 25 Prozent zu verzeichnen. Besonders stark ist der Erfolg der Sozialdemokraten in der Stadt Neu-Strelitz, wo sie 454 Stimmen gewannen, während die bürgerliche Einheitsliste von 10 auf 7 Mandate zurückging.

In Wismar eroberten die Sozialdemokraten 20 Mandate (bisher 18), Kommunisten 6 (5), die Wirtschaftliche Vereinigung 7 (5), Kommunistischer Wahlkreis 11 (12) und die Wölfschen 4 (8). Das Wahlergebnis für Parchim ist folgendes: Bürgerliche Listen: 2667 (1924 2062), Mandate 17 (20), Sozialdemokraten 1895 (1638), Mandate 12 (11), Kommunisten 485 (592), Mandate 2 (3), Gruppe für Volkswohlfahrt 369 (410), Mandate 2 (2). Wahlbeteiligung etwa 77 Prozent. Auch aus anderen Orten wird starke Wahlbeteiligung gemeldet, die im Durchschnitt 80 Prozent beträgt.

In Teterow haben die Sozialdemokraten ihre Mandatszahl von 4 auf 8 erhöhen können, wodurch 10 Stimmen der Linken 9 Stimmen der Rechten gegenüberstehen.